

## **PM zur Pressekonferenz SPERRFRIST BIS 24.06.2024, 12.00 Uhr**

### **Baden-Württemberg ohne Mitte?**

#### **Wie eine katastrophale Bildungspolitik anhaltend unserem Land schadet!**

Eigentlich sollte in der aktuellen Regierungskoalition nicht über Schulstrukturen diskutiert werden. Getan wurde es trotzdem, weil der Druck auf die Politik, das G9 wieder einzuführen, zu groß wurde. Richtig so, denn akademische Bildung braucht Zeit. Über eine Schulreform wollte man reden, weil der Zulauf auf das G9 den anderen Schularten schaden könnte. Richtig so, denn ein stabiles, gegliedertes Schulsystem braucht die Verbindlichkeit im Übergang, die 2012 ohne Not und ideologisch motiviert abgeschafft wurde. Gepaart mit einer in vielen Belangen rein ideologisch ausgerichteten Bildungspolitik wurden Verwerfungen geschaffen, die zu einem beispiellosen Absturz der Leistungen in unserem Land führten. Eine erneute Schwächung der Schularten sollte unbedingt verhindert werden.

So weit, so gut! Das Fazit der Verhandlungen konnte also hoffen lassen. Umso größer ist die Enttäuschung darüber, welche neuen Katastrophen mit Ansage hier getroffen wurden!

Das Bitterste zuerst: Die gymnasialen Schüler bekommen zwar ein Jahr mehr, um das akademische Lernen wieder altersgerecht zu vertiefen. Den restlichen Schülern in all ihrer Unterschiedlichkeit verwehrt man weiterhin eine pädagogisch sinnvolle, leistungsgerechte Differenzierung. Die Eigenständigkeit der Realschulen und Werkrealschulen wird erneut aufs massivste angegriffen. Damit schadet man nicht nur der mittleren Bildung enorm. Die gesamte berufliche Bildung wird verstärkt zum Einheitsbrei, den Grün-Rot sich damals gewünscht und für uns alle angerichtet hat.

Das für die Realschulen geschnürte Paket: Eine Kooperation von Werkrealschulen, Hauptschulen und Realschulen ohne verbindliche Grundschulempfehlung und die Verkürzung der Orientierungsstufe auf ein Jahr. Ein wahres Bürokratie- und Verwaltungsmonster ohne absehbares Ende, dessen Umsetzung ohne Ressourcen und völlig unpädagogisch an den Bedürfnissen von Kindern, Lehrkräften und Eltern vorbei geht. Für Schul- und Unterrichtsentwicklung, das heißt für die Kinder, wird kaum Zeit und Kraft bleiben. Was denken die Koalitionsparteien sich dabei? Gerade die CDU hatte sich in letzter Zeit immer wieder deutlich für die Stärkung der

Realschulen, Haupt- und Werkrealschulen sowie für eine verbindliche Grundschulempfehlung ausgesprochen. Wen vertreten die Parteien hier? Die Mitte Baden-Württembergs sicherlich nicht. Der RLV wendet sich strikt gegen eine solch dramatisch unausgegrenzte ‚Reform‘. Sie wird die seit 2011 von Grün-Rot geschaffene Situation sogar noch deutlich verschärfen.

Profitieren können einzig die Gemeinschaftsschulen. Die ‚ausgehandelte‘ Option einer Kooperation mit Oberstufen an beruflichen Gymnasien und Aufbaugymnasien wird als Fortschritt auch für Realschulen verkauft. Pustekuchen! Die Kooperation mit den beruflichen Gymnasien praktizieren die Realschulen schon seit Jahrzehnten vorbildhaft. Die neue Regelung soll lediglich dazu beitragen, den Gemeinschaftsschulen die rein mathematischen Hürden in Form einer vorgegebenen Schülerzahl für eine Oberstufe aus dem Weg zu räumen, was wiederum den beruflichen Gymnasien schaden wird.

Kurz vor einer fast schon greifbaren politischen Wende im Land, will die CDU diesen Rahmenbedingungen zustimmen, wohlwissend, dass für alle untergesetzlichen Regelungen allein die Grünen im Kultusministerium zuständig sind, deren fataler Wunschtraum schon immer die eine Schule für alle Kinder ist.

Fehler, die aus unserer Sicht augenblicklich behoben werden müssen:

**1. Eine verbindliche Grundschulempfehlung muss alle Schularten und somit das gesamte Schulsystem stärken!**

Dazu, dass die Reform alle Schularten in der Sekundarstufe gleichermaßen stärkt, fehlt nur ein kleiner Handgriff. Die 2 aus 3 Regelung für die Grundschulempfehlung ist Konsens und wird so für alle Schularten gelten. Sind die Eltern nicht mit der Entscheidung einverstanden, findet lediglich am Gymnasium (für das Gymnasialniveau) ein Potenzialtest statt. Das Ergebnis dieses Tests ist dann verbindlich. Pädagogisch schlüssig wäre nun, analog dazu auch einen Potenzialtest an der Realschule (für das Realschulniveau) einzuführen. Dass diese logische und völlig kostenneutrale Regelung nicht getroffen wird, zeigt deutlich die ideologische Tendenz der grünen Regierung, bei der (frei nach Christian Morgenstern) in Baden-Württemberg „nicht sein kann, was nicht sein darf“. Eine ‚verbindliche Grundschulempfehlung‘ nur für das Gymnasium, quasi eine Zwei-Klassen-Verbindlichkeit, einzuführen, wird den größten (noch möglichen) Schaden im gegliederten Schulsystem anrichten.

„Diese Verbindlichkeit ist Augenwischerei, denn sie hat keinerlei pädagogische Grundlage. Sie hat vielmehr eine Kontrollfunktion, um Überfüllung und dadurch anfallende Kosten für das Land zu verhindern. Nicht mehr und nicht weniger. Sie ist eine ‚Eintrittskarte fürs Gymnasium‘ und schafft in ihren Auswirkungen mehr denn je eine fatale Kluft zwischen akademischer und beruflicher Bildung“, so die Landesvorsitzende des RLV.

Die Erkenntnis, dass Baden-Württemberg gerade in den Schulen und der beruflichen Bildung, sowie gesellschaftlich eine tragfähige Mitte braucht, müsste anhand der Zahlen eigentlich allen klar sein.

Denn obwohl die duale Berufsausbildung für alle Schulabschlüsse offen steht, beweist die Berufsbildungsstatistik seit Jahren die große Stärke der Realschulbildung. Beim Anteil der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag begannen 2022 bei Industrie und Handel rund 45% mit einem Realschulabschluss in den Betrieben. Auch im Handwerk ist der Anteil mit rund 44% unverzichtbar. Im Öffentlichen Dienst sind es 50%. Jeder zweite, der eine Ausbildung im Dienst für unser Land beginnt, kommt von unserer Schulart. Und da sind die vielen Realschüler nicht mitgezählt, die als Zwischenstation ein Berufskolleg oder ein berufliches Gymnasium besuchen, bevor sie in den Beruf einsteigen. Die Ausbildungsbetriebe verlassen sich auf die hohe Qualität der Realschulbildung!

Neben bekannten Weltkonzernen und zahlreichen Familienbetrieben hat Baden-Württemberg auch viele mittelständische „Hidden Champions“ aus verschiedenen Branchen der Wirtschaft, die mit ihren Marken für das Land stehen. Basis für den Erfolg dieser Unternehmen sind vielfach die Absolventinnen und Absolventen der Realschule und die besondere Nähe zu der beruflichen Bildung, die unsere Schulart auszeichnet. Es wäre daher fatal für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, wenn man gerade die Realschule in ihrem Profil erneut schwächt. Es geht hier nicht zuletzt auch um die dringend benötigten Fachkräfte der Zukunft.

**2. Die Stärkung der verbliebenen Haupt- und Werkrealschulen kann nur durch eine Verbindlichkeit und die Wertschätzung und Profilierung dieser so wichtigen Schulart erfolgen.**

Die bewährte und erfolgreiche Realschule für die mittlere Bildung braucht zwei starke Flanken. Auf der einen Seite ein starkes Gymnasium für die akademische Bildung, auf der anderen Seite die Haupt- und Werkrealschulen,

welche ihre Schüler angemessen auf ihr Berufsleben oder weiterführende berufliche Schulen vorbereiten, außerdem die Förderschulen für Kinder mit besonderen Förderbedarfen. Die Begründung, es gäbe nicht genügend Haupt- und Werkrealschulen ist zynisch. Seit Jahren warnt der Realschullehrerverband vor dem Sterben der Haupt- und Werkrealschulen ohne Verbindlichkeit. Als Teil des gegliederten Schulsystems aber, werden sie dringender denn je gebraucht. Deswegen gibt es immer noch 229 im Land. Neben den Haupt- und Werkrealschulen bietet jede Gemeinschaftsschule die Möglichkeit auf dem G-Niveau (Hauptschulniveau) zu lernen. Ebenso besteht bei vielen Realschulen die Bereitschaft, einen äußerlich differenzierten G-Zug einzurichten, in dem Kinder mit einer Hauptschulempfehlung gleich nach der fünften Klasse unterrichtet werden können. Das Problem liegt also nicht, wie vom Kultusministerium stets behauptet, an fehlenden Schulplätzen, sondern an ideologischen Vorbehalten.

Nun alle Realschulen, Haupt- und Werkrealschulen in Verbände zu treiben, schafft ein riesiges Organisationchaos an den Schulen, in das Schulämter und die sowieso mit dem Ganztagsanspruch heillos überforderte Träger eingebunden werden müssen. Verbände können nur da entstehen, wo sie Sinn machen und von beiden Schularten gewünscht sind.

Man kann die unzähligen wissenschaftlichen Studien und Vergleichsstudien der Länder gar nicht mehr aufzählen, die deutlich zeigen, welche enorme Vorteile ein stabiles vielgliedriges für Baden-Württemberg hatte und auch wieder haben kann. Es bietet sich jetzt die einzigartige und fast historische Möglichkeit, die zwei größten bildungspolitischen Fehler der letzten 20 Jahre in Baden-Württemberg (Einführung G8 und Abschaffung der Verbindlichen Grundschulempfehlung) zu korrigieren und die Weichen für Bildung zukunftsweisend zu stellen.

„Ein Bekenntnis Baden-Württembergs zu einem sinnvoll, nach Leistungsmöglichkeiten der Kinder gegliederten Schulsystem und zu seiner eigenen Mitte, schulisch wie gesellschaftlich, ist gefragt. Für ideologische Verbohrtheit auf der einen und Kleinmut auf der anderen Seite, die unserem Land in den letzten Jahren nachweislich so geschadet haben, darf jetzt kein Platz sein“, zeigt Dr. Karin Broszat auf.

„Als VDR und RLV BW stehen wir zur starken Realschule in Baden-Württemberg und lehnen es vehement ab, wenn über die Köpfe der Menschen und von oben herab ein zweigliedriges Schulsystem implementiert werden soll. Die so geplante Schulstrukturänderung löst keine bildungspolitischen Herausforderungen, sondern schafft zusätzliche Probleme. Sie bindet Ressourcen, die dann nicht mehr für die Weiterentwicklung von Schul- und Unterrichtsqualität zur Verfügung stehen“, so der VDR-Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender abschließend.